

# cf d Die feministische Friedensorganisation

Der cfd besteht auf der eigentlichen Funktion des Asylgesetzes, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, und setzt sich dafür ein, dass MigrantInnen tatsächliche Integrationschancen offen stehen. Er lehnt deshalb die weitere Verschärfungsrunde im Asyl- und Ausländergesetz entschieden ab.

Als feministische Friedensorganisation fordert der cfd eine gendersensitive Asyl- und Ausländerpolitik, denn:

- / Frauen sind von den Verschärfungen im AuG anders betroffen als Männer. Wenn die Schweiz die Rechtsstellung der MigrantInnen aus nicht EU-Ländern schwächt und den Zugang zu Nothilfe und sozialen Leistungen einschränkt, verstärkt und zementiert sie die global herrschende Geschlechterungleichheit. Die Prinzipien der Gendersensitivität und der Geschlechtergleichstellung müssen deshalb auch in der Ausländergesetzgebung leitend sein.
- / Der Spielraum und die Mobilität von Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts bereits übermässig eingeschränkt. Frauen sind deshalb besonders auf die Möglichkeit angewiesen, bei Schweizer Botschaften im Ausland ein Asylgesuch einreichen zu können.
- / Bewaffnete Konflikte und gesellschaftliche Militarisierung verstärken die Geschlechterungleichheit; Frieden kann nur mit zivilen Mitteln entwickelt werden. Der Zugang zu Asyl für Wehrdienstverweigerer und Deserteure ist deshalb ein friedenspolitisches Gebot.

Kontakt: Theodora Leite Stampfli, Tel. 031 300 50, [theoara.leite@cf-d.ch.org](mailto:theoara.leite@cf-d.ch.org)

# cf d

Christlicher Friedensdienst / Falkenhöheweg 8 / Postfach 5761 / CH 3001 Bern  
Tel. 031 300 50 60 / Fax 031 300 50 69 / [info@cf-d.ch.org](mailto:info@cf-d.ch.org) / [www.cf-d.ch.org](http://www.cf-d.ch.org) / PC 30-7924-5

Der cfd ist aktiv in der Internationalen Zusammenarbeit, der Migrationspolitik und der Friedenspolitik. Der cfd entwickelt und unterstützt Empowerment-Projekte mit Frauen im Migrationskontext Schweiz sowie in Israel/Palästina, Südosteuropa und im Maghreb. Er analysiert aus feministischer Perspektive die Zusammenhänge von Kriegs- und Alltagsgewalt sowie von diskursiver Ausgrenzung und materiellem Ausschluss und setzt sich politisch für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern und von Menschen verschiedener Herkunft ein.